

BAUSTELLENORDNUNG

(nach § 6 Abs. 1 u. 2 DGUV Vorschrift 1/ sowie § 8 ArbSchG)

Bestehend aus den Seiten 1- 23 und 6 Blatt Anlagen

Bauvorhaben:	Neubau Büro- und Veranstaltungsgebäude Straße der Pariser Kommune 8 10243 Berlin
Bauherr:	Grundstücksgesellschaft Straße der Pariser Kommune 8 mbH & Co.KG c/o Rosa-Luxemburg-Stiftung e.V. Franz-Mehring-Platz 1 10243 Berlin
Bauleitung AG:	Architekturbüro Manfred Schasler Giesebrechtstr. 20 10629 Berlin 030 – 327 920 0
SiGe Koordination:	TÜ- Service Anlagentechnik GmbH & Co. KG Hauptstraße 65 12159 Berlin 030-89 000 61 0 030-81 000 61 19 dsagert@tuev-nord.de
SiGe Koordinator:	Dipl.-Ing.(FH) Dirk Sagert Bau- Ing. Jochen Beutler
Stand:	Oktober 2017
Anforderung:	alle bauausführenden Firmen

Inhaltsverzeichnis

- 1. Vorbemerkungen
 - 1.1 Allgemein
 - 1.2 Geltungsbereich
 - 1.3 Unterweisung
 - 1.4 Besonderer Hinweis
 - 1.5 Materialien
 - 1.6 Wasser + Energie
- 2. Ordnung, Sicherheit- und Gesundheitsschutz
 - 2.1. Leitung und Überwachung
 - 2.2. Gefährdungsbeurteilung
 - 2.3. Personal
 - 2.4. Arbeitszeit
- 3. Baustelleneinrichtung / Arbeitsstätten
 - 3.1. Zugang zur Baustelle
 - 3.2. Aufenthalt auf der Baustelle
 - 3.3. Kraftfahrzeugverkehr
 - 3.4. Baustromversorgung
 - 3.5. Unterkünfte und sanitäre Einrichtung / Montage- und Lagerplätze
 - 3.6. Baukran
 - 3.7. Bauaufzüge
 - 3.8. Umgang und Lagerung von Gefahrstoffen
 - 3.9. Ordnung und Sauberkeit im Baustellenbereich
 - 3.10. Firmenwerbung
 - 3.11. Maschinen und Geräte
 - 3.12. Arbeiten an Leitungen
 - 3.13. Gerüste
 - 3.14. Einzel und Rollgerüste
 - 3.15. Abfallbeseitigung / -entsorgung
 - 3.16. Leiter- und Tritte (DGUV Information 208-016)
 - 3.17. Schweiß- und Schneidarbeiten

- 4. Arbeitssicherheit
 - 4.1. Allgemeines
 - 4.2. Unfallverhütungsvorschriften
 - 4.3. Alkohol / Drogen / Medikamentenmißbrauch
 - 4.4. Persönliche Schutzausrüstung
 - 4.5. Erste Hilfe Maßnahmen bei Unfällen
 - 4.6. Unfallbericht
 - 4.7. Hinweise
 - 4.8. Sicherung von Arbeitsstellen
 - 4.9. Einsatz und Sicherung von Arbeitsbühnen
 - 4.10. Radioempfangsgeräte
- 5. Brandschutz
- 6. Winterbau
- 7. SGe Koordinator
 - 7.3. SiGe Aufgaben
 - 7.3. SiGe Plan
 - 7.3. SiGe Hinweise
- 8. Verbindlichkeitsbestätigung

Anlage:

- 1. Vorbemerkungen

Die Baustellenordnung regelt als untrennbarer Bestandteil der Verträge den Einsatz von Bau- und Ausrüstungsunternehmen – einschließlich deren Subunternehmen – für das Vorhaben „**Archenholdstr. 91-95, 10315 Berlin**“.

Sie ist das Sicherheitskonzept des Bauherren für dieses Vorhaben und enthält Regelungen zur Organisation, Koordination und Überwachung des Baustellenbetriebes mit dem Ziel der durchgängigen Gewährleistung von Arbeitssicherheit, Gesundheitsschutz und Technischer Sicherheit.

Die Baustellenordnung berührt nicht die ohnehin bestehende Verantwortung der an der Planung und Ausführung Beteiligten zur Einhaltung der staatlichen Vorschriften zur Technischen Sicherheit, zum Gesundheits- und Umweltschutz sowie der einschlägigen Unfallverhütungsvorschriften und der sonstigen für den Arbeitsschutz und die Unfallverhütung geltenden Gesetze, Verordnungen, Richtlinien und Durchführungsanweisungen.

Sie befreit die am Bau beteiligten Unternehmen ebenfalls nicht von ihrer Abstimmungspflicht mit anderen Unternehmen entsprechend der Unfallverhütungsvorschrift „Allgemeine Vorschriften“ (DGUV Vorschrift 1, §6(2)).

Diese Baustellenordnung wird im erforderlichen Umfang fortgeschrieben bzw. angepasst. Setzt ein Auftragnehmer Subunternehmer ein, hat er Sorge zu tragen, dass auch diese die Forderungen der Baustellenordnung im vollen Umfang erfüllen.

Jeder Auftragnehmer hat die auf der Baustelle eingesetzten Mitarbeiter vor Beginn ihrer Arbeit im erforderlichen Umfang aktenkundig über den Inhalt dieser Baustellenordnung und über die anderen bei ihrer Tätigkeit auftretenden Gefahren sowie über die Maßnahmen zu ihrer Abwendung zu unterweisen.

Die Forderungen § 12 des Arbeitsschutzgesetzes und § 7(2) der Unfallverhütungsvorschrift „Allgemeine Vorschriften“ (DGUV Vorschrift 1) sind zu erfüllen.

1.1. Allgemeines

Um schon während der Bauphase in der gebotenen Form in Erscheinung zu treten, wird auf der Baustelle besonderen Wert auf Ordnung, Sauberkeit und die strikte Einhaltung der Vorschriften zur Arbeitssicherheit und zum Gesundheitsschutz gelegt. Darüber hinaus sind die Beeinträchtigungen der Anlieger, insbesondere durch Lärm und Schmutz, so gering wie möglich zu halten.

1.2. Geltungsbereich

Die Baustellenordnung umfasst örtlich die gesamten Baustellenbereiche, zeitlich die Tätigkeiten auf der Baustelle bis zur Fertigstellung sowie personell alle Projektbeteiligten und die auf der Baustelle eingesetzten Beschäftigten.

1.3. Unterweisungen

Die Projektbeteiligten sind an die Baustellenordnung gebunden und von dem jeweiligen Vorgesetzten bzw. den Ansprechpartnern für Umwelt- und Arbeitsschutz zu unterweisen und über die projektspezifischen Risiken zu informieren. D.h., dass jeder Auftragnehmer,

einschl. der Subunternehmer, verpflichtet ist, sein Personal über den Umfang der Baustellenordnung zu belehren, aktenkundig zu unterweisen und dafür Sorge zu tragen hat, dass diese beachtet und umgesetzt wird. Insbesondere sind die Beschäftigten im Hinblick auf die Sicherheit und den Gesundheitsschutz, in regelmäßigen Abständen, d.h. zu Beginn eines jeden Kalenderjahres, zu Beginn einer neuen Baustelle und bei Bedarf, entsprechend den geltenden Vorschriften und Bedingungen der Berufsgenossenschaften, zu unterweisen. Es gelten die UV-Vorschriften, VDI-Richtlinien, DIN-Normen, VDE- und TÜV-Vorschriften sowie sonstige Bedingungen, die gesetzlichen Regelungen und die Vorgaben dieser BSO. Die Unterweisungen sind von dem Personal schriftlich zu bestätigen und auf Anforderung dem Auftraggeber nachzuweisen.

Der Unternehmer ist zur Einhaltung aller für seine Arbeiten zutreffenden Normen, Unfallverhütungsvorschriften, Richtlinien und anerkannten Regeln der Technik zur Durchsetzung des Arbeits-, Gesundheits- und Brandschutzes verpflichtet. Der Auftraggeber greift, bei Verstößen gegen die Unfallverhütungsvorschriften, sonstige gesetzliche Vorschriften und Verordnungen sowie gegen diese Baustellenordnung, ein, dies bis zur eventuellen Stilllegung der Arbeit. Die durch die Unterbrechung entstehenden Verzögerungen und Kosten sowie Folgekosten gehen zu Lasten des betreffenden Auftragnehmers.

Der Auftraggeber hat darüber hinaus das Recht, die gegen die vorstehenden Bestimmungen verstoßenden Personen unverzüglich von der Baustelle zu verweisen und ein generelles Hausverbot auszusprechen.

1.4. Besondere Hinweise

Alle am Bau Tätigen haben bei der Ausführung ihres Leistungsbereiches darauf zu achten, dass auf der Baustelle verschiedene Gewerke und diese darüber hinaus auch parallel arbeiten.

Insbesondere bestehen im Rahmen der Baumaßnahme die üblichen Parallelitäten und Überschneidungen von Arbeiten der verschiedenen Gewerke. Im Hinblick auf mögliche Beeinträchtigungen untereinander, sollte hier insbesondere auch auf die Andere betreffenden Unfallgefahren geachtet und der damit verbundenen Abstimmungsaufwand beachtet werden. Die Unternehmer haben dafür Sorge zu tragen, dass den von ihnen eingesetzten Aufsichtsführenden auf der Baustelle, stets eine Kopie der jeweiligen Leistungsverzeichnisse, der ggf. erforderlichen Arbeits- und Betriebsanweisungen usw. vorliegen soll bzw. zugänglich sind.

1.5. Materialien

Es dürfen nur Materialien verwendet werden, die hinsichtlich Gewinnung, Transport, Verarbeitung, bauliche Nutzung sowie Wiederverwendung und Entsorgung eine hohe Gesundheits- und Umweltverträglichkeit aufweisen.

Alle Materialien oder Produkte sind durch den Auftragnehmer spätestens vor Beginn der Arbeiten bezüglich ihrer Inhaltsstoffe und Eigenschaften durch die Vorlage

- der technischen Datenblätter und (falls erforderlich) der
- Sicherheitsdatenblätter zu deklarieren.

Folgende Materialien oder Inhaltsstoffe sind von der Verwendung ausgeschlossen:

FCKW und HFCKW, Halogenierte Treibmittel oder Lösemittel in Schäumen, Beschichtungen, Imprägnierungen oder Klebstoffen dürfen nicht verwendet werden. Dies gilt auch für halogenierte Ersatztreibmittel, die nicht in der Chemikalien-Ozonschichtverordnung (Verordnung über Stoffe, die die Ozonschicht schädigen) aufgeführt sind.

Die Anforderung gilt sowohl für Dämmplatten aus Kunstschäumen als auch für Montageschäume zur Abdichtung. Produkte, die halogenierte Flammenschutzmittel als Rezepturbestandteile enthalten dürfen nicht verwendet werden.

1.6. Wasser und Energie

Sollten vom Bauherrn Bauwasser und Baustrom zur Verfügung gestellt werden, so ist der Auftragnehmer verpflichtet, sorgfältig und kostensparend mit den zur Verfügung gestellten Medien umzugehen. Eine Umlage der Kosten wird in den Bauverträgen geregelt.

Sollten die ggf. vom Bauherrn zur Verfügung gestellten Bauwasser- und Baustromanschlüsse für die Ausführung der Leistungen des Auftragnehmers nicht ausreichend sein, so hat der Auftragnehmer, eigenverantwortlich und auf eigene Kosten, weitere Anschlüsse herzustellen. Die notwendigen Abstimmungen mit den jeweiligen Leitungsträgern sind vom Auftragnehmer ebenfalls eigenständig zu führen.

2. Ordnung, Sicherheit- und Gesundheitsschutz

Die Gewährleistung für die Ordnung sowie dem Sicherheits- und Gesundheitsschutz auf der Baustelle verlangt von allen Beteiligten ein hohes Maß an Disziplin. Die in dieser Baustellenordnung festgelegten Bestimmungen sind daher von allen auf der Baustelle Tätigen unbedingt einzuhalten.

Der Auftragnehmer hat vor Arbeitsaufnahme den Erhalt und die Beachtung dieser Baustellenordnung vorbehaltlos schriftlich zu bestätigen sowie alle in der Baustellenordnung verlangten Nachweise vorzulegen.

Bei Nichtbeachtung der genannten Voraussetzungen durch den Auftraggeber ist die Bauleitung des Auftraggebers berechtigt, das Personal auf Kosten des Auftragnehmers zurückzuweisen.

Es gelten die “Allgemeinen Grundsätze aus dem Arbeitsschutzgesetz § 4“:

- Die Arbeit ist so zu gestalten, dass eine Gefährdung für Leben + Gesundheit möglichst vermieden und die verbleibende Gefährdung möglichst gering gehalten wird
- Gefahren sind an ihrer Quelle zu bekämpfen
- bei den Maßnahmen sind Stand der Technik, Arbeitsmedizin und Hygiene sowie sonstige gesicherte arbeitswissenschaftliche Erkenntnisse zu berücksichtigen
- Maßnahmen sind mit dem Ziel zu planen, Technik, Arbeitsorganisation, sonstige Arbeitsbedingungen, soziale Beziehungen und Einfluss der Umwelt auf den Arbeitsplatz sachgerecht zu verknüpfen
- individuelle Schutzmaßnahmen sind nachrangig zu anderen Maßnahmen
- spezielle Gefahren für besonders schutzbedürftige Beschäftigte sind zu berücksichtigen
- den Beschäftigten sind geeignete Anweisungen zu erteilen
- mittelbar oder unmittelbar geschlechtsspezifisch wirkende Regelungen sind nur zulässig, wenn diese aus biologischen Gründen zwingend geboten sind.

2.1. Leitung und Überwachung

Das Hausrecht auf der Baustelle wird durch die Vertreter des Bauherrn und der verantwortlichen Bauleitung, ausgeübt.

Die Bauherrenvertreter und die Bauleitung haben Weisungsrecht gegenüber allen auf der Baustelle Tätigen.

Die vom Bauherrn eingesetzten Vertreter können gegenüber Mitarbeitern der Auftragnehmer und deren Subunternehmer, bei Störung des Arbeitsfriedens auf der Baustelle, Störungen der Abwicklung der Bau- und Montagearbeiten einschließlich der Behinderung wegen Übertragung der Bauarbeiten an nicht geeignete Arbeitskräfte, der wiederholten Zuwiderhandlung der Baustellenordnung sowie bei Weigerung der Einhaltung von Anordnungen der Bauüberleitung, den Abzug von Personal fordern

Die Vorgaben des Abschnittes 1.3 – Belehrung dieser BSO gelten sinngemäß.

2.2. Gefährdungsbeurteilung

Gemäß dem Arbeitsschutzgesetz, §§ 5 und 6, ist seitens der Ausführungsunternehmen, vor Durchführung der Leistungen, eine Gefährdungsbeurteilung und Dokumentation, unter Berücksichtigung einer erforderlichen, baustellenbezogenen Ermittlung, abzugeben.

Dies bildet die Grundlage für wirksame Arbeitsschutzmaßnahmen.

Die Gefährdungsbeurteilung soll die erforderlichen Maßnahmen zur Durchführung der Arbeiten festlegen und beinhaltet eine Gefährdungsanalyse, jedwede Betriebsanweisungen, Merkhefte bis hin zu Aufbau- und Verwendungsanleitungen sobald, z.B. bei Gerüsten, von Systemen abgewichen wird. Die Dokumentationen sind unaufgefordert der Bauüberwachung und dem SiGe-Koordinator zu übergeben.

2.3. Personal

Vor Arbeitsaufnahme ist durch die Auftragnehmer der verantwortliche Fachbauleiter mit Name, Adresse und Telefonnummer zu benennen. Der Einsatz von Nach- oder Subunternehmer ist vor Einsatz genehmigen zu lassen und gesondert aufzuführen.

Das eingesetzte Personal muss für die übertragenen Aufgaben geeignet sein. Dabei sind u. a. auch die arbeitsmedizinischen Aspekte zu berücksichtigen.

Jeder Auftragnehmer hat dafür zu sorgen, dass die Bestimmungen und Regeln des Umwelt-, Arbeits- und Gesundheitsschutzes seiner Belegschaft verständlich dargelegt werden und Unterweisungen, wenn erforderlich auch in der jeweiligen Muttersprache, erfolgen.

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, seine Sub- und Nachunternehmer in die jeweils aktuelle Baustellenordnung, den aktuellen Sicherheits- und Gesundheitsschutzplan des SiGe-Koordinators und die entsprechenden Sicherheitsauflagen, dies rechtzeitig vor Leistungsbeginn, einzuweisen und die Unterweisung schriftlich zu dokumentieren.

2.4. Arbeitszeit

Die Kernarbeitszeiten sind Montag bis Freitag von 6.00 Uhr bis 20.00 Uhr. Arbeiten, die über diesen Zeitraum hinausgehen, sind mit dem Bauherrn / der Bauleitung abzustimmen. Für die Einholung der erforderlichen Genehmigungen bei der zuständigen Behörde ist der Auftragnehmer selbst verantwortlich. Die gesetzlichen Bestimmungen für die Arbeitszeit des jeweiligen Personals sind in jedem Fall einzuhalten.

Lärmintensive Arbeiten, Arbeiten mit besonderen technischen oder organisatorischen Voraussetzungen oder Arbeiten, die sicherheitstechnischen Anforderungen unterliegen, sind

vor Ausführung mit den anderen Gewerken abzustimmen und der Bauleitung schriftlich, mit einem geeigneten Maßnahmenkatalog, anzuzeigen.

Erst nach Genehmigung durch die Bauleitung, bzw. bei anzeigepflichtigen Leistungen durch die Behörden, sind diese Arbeiten durchzuführen.

Die dann ggf. bestehenden Auflagen und die parallel laufenden Unfallverhütungsvorschriften sind dabei genau einzuhalten.

Überstundenarbeiten nachts und an Sonn- und Feiertagen sind in Verantwortung der Auftragnehmer der Bauleitung zur Kenntnis zu bringen und vom Auftraggeber genehmigen zu lassen. Die Einholung der behördlichen Genehmigung obliegt den Auftragnehmern.

3. Baustelleneinrichtung / Arbeitsstätten

3.1. Generelle Vorgabe

Die Baustellenbereiche sind mit den Hinweisen über ein Zutrittsverbot für Unbeteiligte in Schrift- und Piktogrammform gekennzeichnet. Darüber hinaus sind Piktogramme, die auf die generelle Schutzschuh- und Helmtragepflicht hinweisen, gut sichtbar in den Zugangsbereichen anzuordnen.

3.2. Zugang zur Baustelle

Das Baustellengelände ist nur über die ausgewiesenen Zu- und Abgänge bzw. Zu- und Abfahrten zu betreten bzw. zu befahren und zu verlassen. Personen, die das Baustellengelände betreten, unterliegen, einschließlich der mitgeführten Gegenstände und Materialien, den von der Bauleitung des Auftraggebers veranlassten Kontrollmaßnahmen, sowie diese zur Verhinderung oder Aufdeckung von strafbaren Handlungen erforderlich gehalten werden.

3.3. Kraftfahrzeugverkehr

Parkplätze stehen auf der Baustelle grundsätzlich nicht zur Verfügung.

Bei Zustimmung zur Benutzung der Parkplätze sind die Fahrzeuge so abzustellen, dass keine Behinderungen im Bauablauf entstehen.

Flucht und Rettungswege sind generell frei zu halten.

Auf der Baustelle gelten die Vorschriften der Straßenverkehrsordnung.

Verunreinigungen bzw. Beschädigungen auf Baustelle oder den Anliegerstraßen sind durch den Verursacher unverzüglich zu beseitigen.

3.4. Baustromversorgung

Die jeweilige Arbeitsplatzbeleuchtung sowie die Beleuchtung der von den Auftragnehmern bzw. Subunternehmern genutzten Lagerflächen sind von diesen selbst vorzunehmen. Die Auftragnehmer dürfen eigene elektrische Anlagen und Betriebsmittel nur über die Baustromverteiler, die mit einem FI-Schutzschalter ausgerüstet sind, betreiben. Alle elektrischen Anlagen und Betriebsmittel müssen den einschlägigen elektrotechnischen Regeln entsprechen und nachweislich auf ihren ordnungsgemäßen Zustand geprüft sein.

Beim Einsatz von elektrischen Anschlussleitungen und/oder Elektrokabeltrommeln sind die DIN Vorschriften bezüglich Feuchtraumbeständigkeit und Kabelart zu erfüllen. Es sind ausschließlich Kabeltrommel mit der Bezeichnung H07 / RN-F und die ein Prüfzeichen einer jährlichen Sachkundeprüfung aufweisen, zu verwenden.

3.5. Unterkünfte und sanitäre Einrichtung / Montage- und Lagerplätze

Die Flächen für die Büro- und Tagesunterkünfte, sowie Montage und Lagerplätze, sind mit dem Auftraggeber abzustimmen und im Baustellen- Einrichtungsplan darzustellen.

Der Auftragnehmer hat seine Baustelleneinrichtung selbst zu realisieren. Die Bestimmungen der Unfallverhütungsvorschriften, der Arbeitsstättenverordnung sowie die geltende Landesbauordnung sind einzuhalten.

In ausreichender Anzahl sind Feuerlöscher vorzuhalten. Für die turnusmäßige Überprüfung der Funktionstüchtigkeit (2 Jahre) sind die Auftragnehmer verantwortlich.

Für die Verpflegung seines Personals ist der Auftraggeber verantwortlich.

Nach Abschluss der Bauarbeiten sind sämtliche Baustelleneinrichtungsflächen beräumt und gereinigt zu verlassen.

Strom-, Wasser- und ggf. Abwasseranschlusspunkte werden dem Auftraggeber von der Bauleitung des Bauherren zugewiesen. Die Benutzung ist für den Auftraggeber kostenpflichtig und wird mit dem Bauherrn direkt abgerechnet. Vor Aufnahme der Bautätigkeit hat die Eini-gung mit dem Bauherrn zu erfolgen.

3.6. Baukran

Die Sachkundeprüfung ggf. einzusetzender Kräne erfolgt durch den Kranaufsteller. Die Kran-fahrer müssen eine Berechtigung zum Führen des Kranes besitzen. Die Einweisung und Beauftragung der Kranfahrer erfolgt durch den jeweiligen Auftraggeber und ist der Projektlei-tung / der Bauleitung unaufgefordert nachzuweisen. Beim Einsatz mehrerer Kräne sind diese

gut sichtbar zu nummerieren. Die Verantwortlichen haben den Beschäftigten notwendige Betriebsanweisungen sowie Vorfahrtsregelungen bekannt zu geben. Eine Kommunikation zur Krananweisung hat ausschließlich auf elektronischem Weg zu erfolgen.

3.7. Bauaufzüge

Der Einsatz von Bauaufzügen jedweder Art ist von den Unternehmen nur in Abstimmung mit der Bauleitung zulässig. Die Bedienung ist nur ausgewiesenen Personen gestattet – die Einweisung/Belehrung ist zu dokumentieren. Die Bereiche sind zu sichern, d.h. abzugrenzen und gemäß den Unfallverhütungsvorschriften mit Schildhinweisen zu versehen.

Sollten Änderungen an dem Gebäudegerüst, z.B. Befestigung der Bauaufzüge, Einsatz von zu öffnenden Seitenschutzanlagen o. ä., erforderlich werden, so ist dies ausschließlich vom Gerüstersteller durchzuführen bzw. mit diesem abzustimmen. Eine Kommunikation zur Aufzugsbedienung hat ausschließlich auf elektronischem Weg zu erfolgen.

3.8. Umgang und Lagerung von Gefahrstoffen

Die Lagerung von Gefahrstoffen sowie größeren Brandlasten muss von der Bauleitung des Auftraggebers schriftlich genehmigt werden.

Der Antrag zur Genehmigung ist formlos zu stellen und muss folgende Angaben enthalten:

- Art des Stoffes
- Ort der Lagerung
- Menge des zu lagernden Stoffes
- Art der Verwendung
- Betriebsanweisung des jeweiligen Gefahrstoffes.

3.9. Ordnung und Sauberkeit im Baustellenbereich

Für die Sauberkeit der einzelnen Arbeitsplätze ist der Auftragnehmer verantwortlich.

Er sorgt dafür, dass sein Personal den Arbeitsplatz bei Schicht- bzw. Arbeitsende im aufgeräumten sauberen Zustand verlässt.

Vom Auftragnehmer verursachte Verunreinigungen auf der Baustelle und den Anliegerstraßen sind von diesem umgehend zu beseitigen. Kommt der Auftragnehmer dieser Verpflichtung nicht nach, kann die Bauleitung des Auftraggebers die erforderlichen Maßnahmen auf dessen Kosten veranlassen.

3.10. Firmenwerbung

Sichtwerbung des Unternehmens des Auftragnehmers auf der Baustelle ist nicht zulässig, es sei denn, im Bauvertrag sind andere Vereinbarungen getroffen worden.

Die Standorte hierzu sind dann mit der Bauleitung des Auftraggebers abzustimmen.

3.11. Maschinen und Geräte

Maschinen und Geräte sind entsprechend dem Arbeitsfortschritt auf der Baustelle anzuliefern. Die Auftragnehmer dürfen nur solche Maschinen und Geräte auf die Baustelle bringen, die eine vorgeschriebenen Sicherheitsprüfungen nach DGUV Vorschrift 3, § 5, Prüfungen, aufweisen. Die Geräte sollen entsprechende Prüfplaketten aufweisen oder Prüfbescheinigungen sind auf der Baustelle mitzuführen und auf Verlangen vorzuzeigen.

Für sämtliche Arbeiten auf der Baustelle dürfen nur Baumaschinen eingesetzt werden, die den Lärmschutzanforderungen des RAL-UZ 53 entsprechen. Abweichungen durch spezielle Sondermaschinen sind dem Auftraggeber anzukündigen und zu begründen.

Sämtliche Maschinen, Werkzeuge, Kabeltrommeln, Leitern, Arbeitsbühnen, Gerüste, Fahrzeuge, sonstige Geräte, sind deutlich als Eigentum des Auftragnehmers zu kennzeichnen. Elektrische Maschinen und Geräte dürfen nur an zugelassene, mit FI-Schutzschalter ausgestattete Baustromverteiler angeschlossen werden. Elektrische Geräte müssen bauseitig sein (schlag- und spritzwassergeschützt).

Kabel und Leitungen sind geschützt zu verlegen und der ordnungsgemäße Zustand ist zu erhalten.

Die Maschinen und Geräte sind in ordnungsmäßigem Zustand zu halten. Defekte Maschinen, Geräte und deren Anschlussleitungen sind sofort außer Betrieb zu nehmen. Für den Fall des Austretens von Mineralöl aus Baugeräten sind Ölbindemittel vorzuhalten. Bei Erfordernis sind Ölauffangwannen einzusetzen.

Maschinen und Geräte sind nur von beauftragten, unterwiesenen Beschäftigten und unter Zugrundelegung der UVV sowie Bedienungsanleitungen zu bedienen.

Treib- und Brennstofflager für Benzin, Diesel, Heizöl, Gas etc. sind entsprechend den besonderen Vorschriften einzurichten, zu sichern und zu kennzeichnen. Die Aufstellungsbereiche müssen mit der Bauleitung abgestimmt werden. Darüber hinaus ist eine Beschilderung anzuordnen und vorzuhalten.

Bei Abwesenheit des Bedienungspersonals der Baumaschinen, Geräte, Bauaufzügen usw., sind diese gegen unbefugtes Benutzen zu sichern.

3.12. Arbeiten an Leitungen

Vor Beginn der Demontearbeiten sind die elektrischen Anlagen stromlos zu schalten bzw. sind die weiterhin notwendigen Kabel zu kennzeichnen.

Das Arbeiten an in Betrieb befindlichen Leitungen und haustechnischen Anlagen ist nur in Abstimmung und nach Bestätigung durch die Bauleitung gestattet. Hierbei sind grundsätzlich sicherheitstechnische Einrichtungen, wie z.B. Sicherungselemente, zwischen zu schalten.

Bei Beschädigungen von Leitungen und Baulichkeiten sind die Arbeiten sofort einzustellen, der Gefahrenbereich ist mit geeigneten Mitteln zu sichern und ggf. abzusperren. Umgehend ist die Bauleitung über den Sachstand und über die bereits eingeleiteten Sicherungsmaßnahmen zu verständigen.

3.13. Gerüste

Im Zuge der Baumaßnahme erfolgt je nach Bedarf die Einrüstung der Gebäudeteile. Grundsätzlich ist eine Nutzung der Gerüstbereiche erst nach Freigabe durch den Gerüstersteller und nach Übergabe an die Nutzer zulässig. Nicht zur Nutzung freigegebene Teilbereiche sind zu sperren und mittels Schildhinweisen zu kennzeichnen. Ein Zutritt Unbefugter ist mit geeigneten Maßnahmen zu verhindern.

Die Umsetzung herstellerseitiger Aufbau- und Verwendungsanleitungen, die Einhaltung der einschlägigen Vorschriften der DIN EN 12811, DGUV Vorschrift 1 „Allg. Vorschriften“, DGUV Vorschrift 38 „Bauarbeiten“ und die DGUV Information 208-016, Handlungsanleitung für den Umgang mit Arbeits- und Schutzgerüsten, sind zu beachten. Die Vorschriften der Betriebssicherheitsverordnung und die TRBS 2121 sind darüber hinaus – auch von den Gerüstnutzern – zwingend einzuhalten.

Durch den Gerüstersteller ist vor Aufbau eine objektbezogene Gerüstanalyse vorzunehmen und im Zuge der Gerüsterstellung umzusetzen. Insbesondere sind bei Abweichungen von der Regelausführung Standsicherheitsnachweise und Montageanweisungen aufzustellen und der Bauleitung vor Ausführung zu übergeben. In den Zugangs- bzw. Durchgangsbereichen sind Schutzdächer, die geschlossen bis an die Fassade zu führen sind, anzuordnen. Die Gerüste sind gemäß den vorg. Vorschriften aufzubauen.

Die Beschäftigten der Gerüstbaufirma haben während des Aufbaues alle sicherheitstechnischen Einrichtungen zu nutzen sowie die Tragepflicht von persönlichen Schutzausrüstungen, wie Schutzschuhe, Schutzhelme, Anseilschutz usw., zwingend anzuwenden.

Vor erster Inbetriebnahme hat jeder Unternehmer gemäß DGUV Information 201-011 und TRBS 2121, Teil 1, eine Prüfung des Gerüsts durch eine befähigte Person durchführen zu lassen. Das Ergebnis ist zu dokumentieren.

Nach außergewöhnlichen Ereignissen – z.B. längerer Zeit der Nichtbenutzung, Unfällen oder auf das Gerüst einwirkenden Naturereignissen und Veränderungen am Gerüst – ist das Gerüst auf Grundlage der Gefährdungsbeurteilung, der Aufbau- und Verwendungsanleitung und des Planes der Benutzung zu prüfen. Dabei sind der ordnungsgemäße Zustand und die sichere Funktion des Gerüsts festzustellen.

3.14. Einzel- und Rollgerüste

Die Einhaltung der zuvor beschriebenen Aufbau- und Verwendungsanleitungen, DIN Vorschriften und Handlungsanleitung gilt auch für den Einsatz von Einzel- und Rollgerüsten.

Die Gerüste sind gut sichtbar und eindeutig mit dem Namen, Anschrift und Telefonnummer des Unternehmers zu kennzeichnen.

Die Aufbau- und Verwendungsanleitungen sind von den Beschäftigten vor Ort, für den Aufbau und zur Einsichtnahme bei Kontrollen, vorzuhalten.

3.15. Abfallbeseitigung / -entsorgung (Kreislaufwirtschaft- / Abfallgesetz)

Die durch die Auftragsabwicklung anfallenden Abfälle / Stoffe sind, entsprechend dem Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz durch den Auftragnehmer, zu sammeln und zu entsorgen.

Es ist verboten, Öle, Fette und andere schadstoffbelastete Materialien ins Erdreich oder in die Kanalisation abzulassen.

Kommt der Auftragnehmer seiner Verpflichtung zur Abfallsortierung und Entsorgung sowie der entsprechenden Säuberung vor Ort nicht nach, kann die Bauleitung des Auftraggebers auf Kosten des Auftragnehmers die erforderlichen Maßnahmen veranlassen.

Der Auftragnehmer hat keinen Anspruch auf Ersatz, wenn dabei nicht aufgeräumte Materialien und Geräte in Verlust geraten.

3.16. Leiter- und Tritte (DGUV Information 208-016)

Leitern und Tritte müssen die Forderungen der Unfallverhütungsvorschrift- Leitern und Tritte- (DGUV Information 208-016) erfüllen.

Die Verwendung von Leitern als Arbeitsplatz ist grundsätzlich verboten.

3.17. Schweiß- und Schneidarbeiten

Schweiß- und Schneidarbeiten in der Nähe feuergefährlicher Objekte und Stoffe sind verboten. Im Ausnahmefall ist ein Erlaubnisschein von der Bauleitung des Auftraggebers auszustellen. Die darin enthaltenen Auflagen sind strikt zu befolgen.

Die Forderungen der Unfallverhütungsvorschrift- Schweißen, Schneiden und verwandte Verfahren sind konsequent einzuhalten.

4. Arbeitssicherheit

4.1. Allgemeines

Jeder Unternehmer hat dafür Sorge zu tragen, dass seine Fachbauleiter/ Montageleiter alle geltenden Unfallverhütungsvorschriften auf der Baustelle beachten und die Einhaltung bei den ihnen unterstellten Beschäftigten auch durchsetzen. Die Schriftwerke der hierfür geltenden, einschlägigen Vorschriften sind auf der Baustelle, an geeigneter Stelle, auszulegen. Zu Beginn eines jeden Kalenderjahres, zu Beginn einer neuen Baustelle, bei neuen oder gesonderten Arbeitsverfahren sowie bei neueingestellten Beschäftigten, sind Unfallschutzunterweisungen vorzunehmen. Die Unterweisungen sind zu dokumentieren – die Beschäftigten haben die Unterweisung zu bestätigen. Der Inhalt dieser Baustellenordnung ist den auf dieser Baustelle eingesetzten Beschäftigten ebenfalls zur Kenntnis zu bringen.

4.2. Unfallverhütungsvorschriften

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die geltenden Rechtsvorschriften (UVV'n, DIN- Vorschriften, Sicherheitsregeln, Arbeitsschutzgesetze in neuester Fassung) der Arbeitssicherheit und des Unfallschutzes einzuhalten.

Der Auftragnehmer hat dafür zu sorgen, dass bei dem verantwortlichen Aufsichtsführenden seines Unternehmens auf der Baustelle die für das jeweilige Arbeitsgebiet, notwendigen Gefährdungsbeurteilungen und Betriebsanweisungen vorhanden sind und jederzeit zur Einsichtnahmen vorgelegt werden können.

Die von der zuständigen Berufsgenossenschaft vorgeschriebenen Aushänge (Tafel „Erste Hilfe“ u.a.) sind an geeigneten Stellen anzubringen.

4.3. Alkohol / Drogen / Medikamentenmissbrauch

Auf der gesamten Baustelle gilt generelles Alkohol- und Drogenverbot. Bei Zuwiderhandlungen hat der Auftragnehmer das Personal von der Baustelle zu entfernen, für eine sichere Unterkunft zu sorgen und entsprechend seine Fürsorgepflicht zu handeln.

4.4. Persönliche Schutzausrüstung (Abschn. 3 §15 ArbSchG)

Auf der Baustelle haben alle Arbeitnehmer die gem. §14 der Unfallverhütungsvorschrift „Allgemeine Vorschriften“ (DGUV Vorschrift 1) vorgeschriebenen persönlichen Schutzmittel zu tragen.

Für die Baustelle besteht, gemäß den Unfallverhütungsvorschriften und Weisung des Bauherrn, generell die Tragepflicht von **Schutzhelmen** und **Sicherheitsschuhen**. Dies gilt ab Zugang auf das Baustellengelände.

Darüber hinaus erforderliche Schutzausrüstungen (Augen- und Gesichtsschutz, Gehörschutz, Handschutz, Atemschutz, Anseilschutz, Warnkleidung usw.) hat jeder Unternehmer, für seine Beschäftigten und die von ihm eingesetzten Subunternehmer, entsprechend den Unfallverhütungsvorschriften DGUV Vorschrift 1 „Allgemeine Vorschriften“, § 4, Persönliche Schutzausrüstungen, zur Verfügung zu stellen.

Personen, die die erforderliche persönliche Schutzbekleidung nicht vollständig anlegen oder nicht vorschriftsmäßig nutzen (Durchführungsbestimmungen zur DGUV Vorschrift 1, DGUV Regel 112-189 bis DGUV Regel 112-198 der Bauberufsgenossenschaften) könnten zum sofortigen Verlassen der Baustelle für den restlichen Arbeitstag angewiesen werden. Bei Weigerung der direkten Anweisung zu folgen oder bei dreimaligem Antreffen mit mangelhafter Schutzbekleidung, erfolgt ein dauerhaftes Baustellenverbot.

Ein Anspruch auf Bauzeitverlängerungen und/oder zusätzliche Vergütungsansprüche, infolge eines oder mehrerer Baustellenverweise, entstehen nicht und können in keinem Fall geltend gemacht werden.

4.5. Erste Hilfe Maßnahmen bei Unfällen (ASR A4.3)

Alle Subunternehmer sind verpflichtet, die entsprechend Ihrer Arbeitnehmeranzahl geforderten Ersthelfer zu benennen. (DGUV Vorschrift 1 §26; DGUV Information 204-022) Die Ersthelfer sind entsprechend den Festlegungen mit Erste- Hilfe- Material nach ASR A4.3 auszurüsten. Die Namen der Ersthelfer sind dem vom Bauherrn eingesetzten Sicherheitskoordinator bekannt zu geben.

Durch diesen ist, soweit die Verletzung zu einer Arbeitsunterbrechung führt, die Behandlung durch einen Arzt oder Sanitäter zu veranlassen. Alle Verletzten sind im vorgeschriebenen Verbandbuch des Auftragnehmers zu registrieren.

Schwerere und tödliche Unfälle sind sofort zu melden an:

- Bauleitung des Auftraggebers
- Amt für Arbeitsschutz
- Berufsgenossenschaft
- Polizei

Nächste Rettungsstelle:

VIVANTES Klinikum Friedrichshain
Landsberger Allee 49, 10249 Berlin

0 30 / 130 231 753

4.6. Unfallbericht

Von dem Verantwortlichen ist, nach Einleitung zur Durchführung der "Ersten Hilfe" oder weitergehenden Maßnahmen, ein Unfallbericht zu erstellen.

Bei Anwesenheit der Polizei und/oder der Gewerbeaufsicht ist zu berücksichtigen, dass diese Behördenvertreter der verlängerte Arm der Staatsanwaltschaft sind. Alle Angaben, die diesen Instanzen über den Unfallhergang gemacht werden, bilden die Grundlage eines möglichen Gerichtsverfahrens und könnten, ggf. auch gegen den Verantwortlichen, verwendet werden. Die Verantwortlichen haben in jedem Fall Angaben zur eigenen Person abzugeben. Zeugenaussagen bleiben davon unberührt – Fragen sind wahrheitsgemäß zu beantworten.

4.7. Hinweise

Werden durch eine Behörde einem Auftragnehmer oder einem Beschäftigten auf der Baustelle Anordnungen erteilt, so ist dies durch den Verantwortlichen des Auftragnehmers unverzüglich der Bauleitung zu melden. Über Anordnungen in Bezug auf die Arbeitssicherheit ist seitens der Bauleitung der SiGe-Koordinator in Kenntnis zu setzen.

4.8. Sicherung von Arbeitsstellen

Bei allen Bauarbeiten an Absturzstellen, wie Deckenkanten, Gerüsten, Deckenöffnungen usw. und/oder über offenen oder nur durch Gitterroste o. ä. abgedeckten Öffnungen, an denen kein ausreichender Schutz gegen ein Absturz von Beschäftigten oder das Hinabfallen

von Gegenständen vorhanden ist, sind diese durch geeignete Maßnahmen, wie Abschirmungen, Abdeckungen, Schutzrüstungen oder Absperrungen, zu sichern.

Der Verantwortliche des jeweiligen Auftragnehmers hat unter Berücksichtigung der geltenden Unfallverhütungsvorschriften eigenverantwortlich zu entscheiden, welche Maßnahmen ausreichenden Schutz bieten.

Anmerkung: Bodenöffnungen und Öffnungen in den Geschossdecken sind generell mit Abdeckungen zu sichern. Diese sind den Gegebenheiten entsprechend statisch auszulegen, zu befestigen oder zumindest unverschiebbar herzustellen.

Absturzsicherungen und Seitenschutzanlagen sind von den Unternehmern in den Gefährdungsbeurteilungen festzulegen. Je nach Einschätzung könnten die Vorgaben der BGV C 22 – Bauarbeiten, § 12, "Absturzsicherungen", angewendet werden:

- generell bei Arbeitsplätzen + Verkehrswegen an und über Wasser oder anderen festen oder flüssigen Stoffen, in denen man versinken kann
- bei mehr als 1,00 m Absturzhöhe an freiliegenden Treppenläufen und -absätzen sowie im Bereich von Wandöffnungen
- bei mehr als 2,00 m Absturzhöhe an allen übrigen Arbeitsplätzen u. Verkehrswegen
- bei mehr als 3,00 m Absturzhöhe an Arbeitsplätzen u. Verkehrswegen auf Dächern

Seitenschutzanlagen für vorgenannten Absturzkanten sollen aus einem unteren Bordbrett, mit einer Höhe von mind. 15 cm über Belag, sowie dem Zwischen- und Geländerholm, jeweils 3 x 15 cm stark, bestehen. Die Zwischenabstände sollen 50 cm nicht überschreiten – der Pfostenabstand ist auf 2,00 m zu begrenzen. Bei einem Pfostenabstand bis max. 3,00 m sind die Zwischen- und Geländerholme auf 4 x 20 cm auszulegen. Die Gesamthöhe der Seitenschutzanlagen soll 1,00 m betragen.

Geländer- und Zwischenholme sind gegen unbeabsichtigtes Lösen, das Bordbrett gegen kippen zu sichern.

Ohne statischen Nachweis dürfen Stahlrohre mit einem mind. Ø 48,3 x 3,2 mm und Aluminiumrohre mit einem mind. Ø 48,3 x 4 mm verwendet werden.

Markierungsband gilt nicht als Sicherung sondern lediglich als zusätzliche Maßnahme.

Gefahrenbereiche unterhalb hochgelegenen Arbeitsplätze sind abzusperren.

Bestehende Umwehrungen und Geländer sind ohne Abstimmung mit der Bauleitung nicht zu entfernen. Bei ablaufbedingtem Rückbau sind geeignete Alternativen vorzusehen. Werden ungesicherte Absturzstellen festgestellt, ist die Absturzstelle sofort zu sichern und Übergangsweise mit einem Warnposten zu versehen.

Werden aufgrund des Bauablaufes Geländer abgebaut oder müssen Gitterroste oder andere Abdeckungen entfernt werden, sind ebenfalls durch geeignete Maßnahmen, wie Bohlenabdeckungen oder Behelfsabspernungen, die Absturzstellen zuverlässig zu sichern.

An Absperrstellen, wo behelfsmäßige Absperrungen leicht umgangen werden könnten, sind zusätzlich Warnschilder als eindeutige Hinweisschilder (Schrift- + Piktogramm) anzubringen.

4.9. Einsatz und Sicherung von Arbeitsbühnen

Beim erforderlichen Einsatz von Arbeitsbühnen, auf denen das Personal des Auftragnehmers arbeitet oder diese als Materiallager nutzen, ist dieser für die sachgerechte Herstellung selbst verantwortlich.

Arbeitsbühnen sind statisch nachzuweisen und gut sichtbar mit entsprechenden Lastklassenschildern zu kennzeichnen. Der Verantwortliche hat sich laufend über den ordnungsgemäßen Zustand der Arbeitsbühnen und den ggf. eingesetzten Absperurmaßnahmen sowie den Kennzeichnungen zu überzeugen.

Arbeitsbühnen die kein Lastklassenschild aufweisen, sind nicht zu betreten und zu sperren. Bei erkennbaren Mängeln sind die Arbeiten auf den Arbeitsbühnen so lange zu unterbrechen, bis der ordnungsgemäße Zustand wieder hergestellt ist.

Vorgenanntes gilt auch für die in den Aufzugsschächten eingesetzten Arbeitsbühnen.

4.10. Radioempfangsgeräte

Beim Einsatz von Radioempfangsgeräten oder MP3-Playern sind diese ausschließlich erst nach genereller Genehmigung durch die Bauleitung und dann nur über Batteriebetrieb zu betreiben. Beim Anschluss an die Baustromverteilung sind nur feuchtigkeitsbeständige, spritzwassergeschützte und schlagfeste Geräte zu verwenden. Für die Gebühren ist der Betreiber verantwortlich – der Bauherr wird hiervon in jedem Fall freigestellt.

Bei Einsatz vorg. Geräte ist eine Kennzeichnung und sachkundige Wiederholungsprüfung nachzuweisen!

Der Betrieb von Radiogeräten o. ä. kann jederzeit durch die Bauleitung und den SiGe-Koordinator untersagt werden, da im Havariefall wichtige Anweisungen ggf. nicht wahrgenommen werden könnten! Vorhergesagtes gilt auch bei einem Betrieb über Kopfhörer!

5. Brandschutz

Jeder Auftragnehmer hat im Rahmen seines Wirkungsbereiches dafür zu sorgen, dass jegliche Brandgefahr vermieden wird.

Darüber hinaus hat er ausreichende Maßnahmen für eine Brandbekämpfung zu treffen.

Der Auftragnehmer hat dafür zu sorgen, dass auf der Baustelle, in Arbeitsräumen und in den Unterkünften die erforderlichen Feuerlöscher an den entsprechend gekennzeichneten Plätzen vorhanden sind.

Der Einsatz brennbarer oder leicht entzündlicher Stoffe ist auf das unbedingte notwendige Maß zu beschränken.

Die Höchstmenge am Arbeitsplatz ist auf einen Tagesbedarf zu begrenzen.

Behälter mit brennbaren Flüssigkeiten sind entsprechend zu kennzeichnen. Die Lagerung brennbarer Flüssigkeiten hat nach den „Technischen Regeln für brennbare Flüssigkeiten“ (TRbF) zu erfolgen.

Schweiß-, Trenn-, Schneid- Löt- und Feuerarbeiten bedürfen besonderer Sicherheitsmaßnahmen. Vor Aufnahme der Arbeiten ist eine Erlaubnis (z.B. Schweißerlaubnis) bei der Bauleitung zu beantragen und von dieser schriftlich genehmigen zu lassen. Darüber hinaus ist eine besonders geschulte Brandwache zu beauftragen. Diese ist dann namentlich der Bauleitung anzumelden. Erst nach Vorlage einer schriftlichen Genehmigung kann mit den Arbeiten begonnen werden.

Der Brandschutz bei Schweiß- und Schneidearbeiten ist weiterhin durch bereitgehaltene, geeignete und geprüfte Feuerlöscher sicherzustellen.

Die Lagerung brennbarer Gase hat an den dafür vorgesehenen Stellen unter Berücksichtigung der entsprechenden Rechtsvorschriften zu erfolgen.

Gasflaschen für verschiedene Gase sind voneinander getrennt und nicht mit anderen brennbaren Stoffen zu lagern. Sie sind gegen Umfallen, liegende Flaschen gegen Wegrollen zu sichern. Es sind nur Gasschläuche nach DIN 8541 zu benutzen, die Schläuche sind gegen Beschädigung zu sichern.

Die Aufstellung und Benutzung anderer als dienstlich zur Verfügung gestellter Geräte (z.B. Heizlüfter/Heizstrahler) ist ohne besondere Genehmigung durch die Bauleitung strikt untersagt.

Für innen liegende Baubereiche gilt ein generelles Rauchverbot – das Rauchen ist nur in den Außenbereichen gestattet.

In den Baustellenunterkünften dürfen Streichhölzer oder Tabakreste nur in nichtbrennbaren Aschenbechern abgelegt werden – Aschenbecher dürfen nicht in Papierkörben entleert werden.

Fluchtwege, Treppen und Verkehrswege im Gebäude und im Freien müssen ständig in voller Breite freigehalten werden. Türen / Notausgänge dürfen nicht verschlossen werden.

Bei Ausbruch eines Brandes sind die Arbeitnehmer zu warnen, ist jede Panik zu vermeiden. Der Brand ist nach Einleitung der ersten Rettungsmaßnahmen sofort der Bauleitung des Auftraggebers zu melden.

Verletzten ist sofort Erste Hilfe zu leisten.

6. Winterbau (Winterbauverordnung)

Verordnung über besondere Arbeitsschutzanforderungen bei Arbeiten im Freien in der Zeit vom 01.November bis 31.März. (Arbeiten, die überwiegend einen Aufenthalt im Freien erfordern und für Bauarbeiten)

Der Arbeitgeber hat nach wie vor für die Beschäftigten im Freien und auf Baustellen im Freien für die Zeit vom 01.November bis 31.März Schutzkleidung zur Verfügung zu stellen, die gegen Kälte, Wind, Niederschlag und Bodennässe schützen. (Jeder Arbeitgeber für seine Beschäftigten)

- PSA 89/689/EWG- Beinhaltet PSA zum Schutz gegen Witterungseinflüsse
- Wetterschutzbekleidung gemäß DIN 61536
- Winterbauschutanzug nach DIN 61536
- Kälteschutzweste DIN 61537

Jede Baufirma ist verpflichtet ihren Arbeitsbereich bei Schnee- und Eisglätte so abzustumpfen, dass für die eigenen Beschäftigten und anderen Personen die den jeweiligen Bereich betreten müssen, die Gefahr des ausrutschen vermieden wird.

7. SiGe Koordinierung

7.1. Aufgaben

Das Aufgabengebiet umfasst eine Sicherheits- und Gesundheitsschutz-Koordination zwischen den am Bau tätigen Gewerken. Zur Wahrnehmung und Durchsetzung des Leistungsbereiches werden je nach Erfordernis Baubegehungen durchgeführt. Die für alle Arbeitgeber und die Unternehmer ohne Beschäftigte gesetzlich geregelten und von diesen eigenständig zu erbringenden Maßnahmen der Arbeitssicherheit, werden dabei stichpunktartig überprüft. Ergebnis wird protokolliert – daraus abzuleitende Forderungen, Vorgaben und Hinweise sind dann bei der weitergehenden Ausführung zu berücksichtigen.

Mängel sind sofort nach Bekanntgabe, auch im persönlichen Gespräch mit den Beschäftigten, die als Belehrung gilt, unverzüglich noch während der vom SiGe-Koordinator durchgeführten Arbeitssicherheitsbegehung abzustellen.

7.2. SiGe Plan

Für einen geordneten Ablauf sämtlicher an dem Bauvorhaben zu erbringenden Leistungsbereiche wird seitens des SiGe-Koordinators ein Sicherheits- und Gesundheitsschutzplan(SiGe-Plan) aufgestellt. In diesem sind u. a. die den einzelnen Gewerken zuzuordnenden gesetzlichen Vorgaben, die Unfallverhütungsvorschriften und die Regeln, Vorschriften sowie Informationen der Berufsgenossenschaften aufgeführt. Die Anwendung der einzelnen Forderungen ist für jeden Beschäftigten, insbesondere für die aufsichtführenden Personen, bindend vorgeschrieben. Abweichungen bedürfen einer vorherigen Absprache und Zustimmung der Bauleitung und sind ausschließlich in Schriftform gültig. Mögliche mit Zustimmung übergeordneter Instanzen abzuklärende Fälle sind ebenfalls nur über die Bauleitung einzureichen und gehen im Falle kostenpflichtiger Genehmigungen zu Lasten der ausführenden Firma.

7.3. SiGe Hinweise

Alle Beteiligten werden durch den Sicherheits- und Gesundheitsschutz-Koordinator darauf hingewiesen, dass sämtliche am Bau tätigen Personen, Auftraggeber, Arbeitgeber und deren Mitarbeiter sowie Unternehmer ohne Beschäftigte, in keinem Fall von deren Verpflichtung zur eigenständigen Umsetzung bestehender Gesetze und Vorschriften des Arbeitsschutzes und der Unfallverhütungsvorschriften durch den Einsatz eines SiGe- Koordinators freigestellt sind.

Es wird darauf hingewiesen, dass ein Verstoß gegen das Vorgesagte im Schadensfall als Haftungsausschluss für den Bauherrn, die Bauleitung und den SiGe-Koordinator gilt.

8. Verbindlichkeitsbestätigung der
Baustellenordnung vom 12.10.2017 (nach DGUV Vorschrift 1/ sowie §8 ArbSchG)

Bestehend aus den Seiten 1- 23, sowie 6 Seiten Anlage (SiGeKo-Anforderungsschreiben)

Baustelle: Neubau Büro- und Veranstaltungsgebäude
Straße der Pariser Kommune 8
10243 Berlin

SiGe Koordination: TÜ- Service Anlagentechnik GmbH & Co. KG
Hauptstr. 65
12159 Berlin

SiGe Koordinator: Dipl. Ing.(FH) Dirk Sagert
Bau- Ing. Jochen Beutler

Von den nachstehenden Punkten haben die Unterzeichner Kenntnis genommen und bestätigen mit Ihrer Unterschrift die Verbindlichkeit.

1. Baustellenordnung

Die Baustellenordnung wird anerkannt. Verstöße können mit einem sofortigen Baustellenverbot belegt werden.

2. Arbeitsschutz:

Die Durchführung der beauftragten Arbeiten erfolgt unter Beachtung der einschlägigen Gesetze, Verordnungen, Unfallverhütungsvorschriften, Sicherheitsregeln und Normen.

3.Umweltschutz:

Für den Umweltschutz gelten die Maßgaben der gesetzlichen Vorschriften.

4.Verwendung chemischer Produkte:

Die Stoffe sind nur bestimmungsgemäß zu verwenden, die fachgerechte Entsorgung wird sichergestellt. Vor Einsatz chemischer Produkte sind die Mitarbeiter zu unterweisen.

5.Zusammenarbeit gemäß UVV 1.§6 (Koordination)

Zur Abstimmung der Arbeiten des AN mit den Arbeiten des AG oder weiterer Firmen wurde o.g. Mitarbeiter zum Koordinator bestellt; er wird die Geplanten Arbeiten koordinieren, um mögliche gegenseitige Gefährdungen zu vermeiden. Zur Ermittlung der Gefährdungen hat eine auftragsspezifische Unterweisung zu erfolgen. Der Koordinator hat Weisungsbefugnis gegenüber den Mitarbeitern des AN, sowie dies für einen sicheren Arbeitsablauf erforderlich ist. Die Vorgesetzten des AN sind weiterhin für die Sicherheit ihrer Mitarbeiter verantwortlich.

Setzen Auftragnehmer Subunternehmer ein, so sind sie für diese verantwortlich und zur Weitergabe der SiGeKo- Unterlagen verpflichtet. Die entsprechenden Angaben sind an den Koordinator zu melden.

Datum/ Unterschrift des Auftragnehmers

Diese Verbindlichkeitserklärung, die Verpflichtungserklärung und der Meldebogen aus dem Anforderungsschreiben sind an den Koordinator zu übergeben.